



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

59. Sitzung (öffentlich)

23. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz
2017)** **8**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500
Drucksache 16/13400 (Ergänzungsvorlage)

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur-
und Verbraucherschutz – Erläuterungsband Vorlage 16/4233
Einführungsbericht des Ministers für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Der Ausschuss beschließt über die Änderungsanträge, die
von SPD und Grünen sowie der CDU-Fraktion vorgelegt

wurden. Die Änderungsanträge sowie die Abstimmungen darüber sind in der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/13510 wiedergegeben.

Der **Ausschuss stimmt** sodann dem **Einzelplan 10** in der geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **zu**.

2 Entwurf eines Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) 17

Vorlage 16/4116 und
Vorlage 16/4130

APr 16/1510

Der **Ausschuss stimmt** dem **Entwurf des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen – Vorlage 16/4116 und Vorlage 16/4130** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **zu**.

3 Mögliche umwelt- und abfallrechtliche Folgen im Zuge des Neubaus der Leverkusener Autobahnbrücke A1 24

Vorlage 16/4397

Der **Ausschuss nimmt die Vorlage 16/4397** sowie die **Vorlage 16/4473 zur Kenntnis**.

4 Fackelaktivitäten BP Gelsenkirchen Scholven 25

Bericht
der Landesregierung

Die Beratung wird verschoben.

**5 Entwurf einer ersten Verordnung zur Änderung der Hegeplan-
verordnung 26**

Vorlage 16/4415

Der Ausschuss wurde angehört. Es gibt keine Einwendungen.

6 Digitalisierung als Chance für mehr Demokratie in der Energiewende 27

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13032

Die Beratung wird verschoben.

**7 Aktueller Sachstand zum Pumpenspeicherkraft im Bergwerk Prosper-
Haniel 28**

Vorlage 16/4329

– Aussprache.

8 NRW-Nachhaltigkeitsstrategie 30

Vorlage 16/4048 (Aktueller Stand der Umsetzung)

Bericht der Landesregierung

– Kurze Aussprache.

9 Klimaschutz in den Kommunen: Förderprogramme des Landes NRW 31

Vorlage 16/4348

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

10 Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft 32

Vorlage 16/4338

– Diskussion.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
59. Sitzung (öffentlich)

23.11.2016
sd-beh

**11 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung der Milch-
wirtschaft 37**

Vorlage 16/4337

– Aussprache.

**12 Bericht über den Großbrand im Chemiepark Leverkusen am
12.11.2016 40**

Der Bericht soll schriftlich nachgereicht werden.

**13 Nordrhein-Westfalen muss Impulsgeber und Avantgarde für die
Gigabit-Gesellschaft werden – Mit Glasfaser-Offensive digitale Netze
der Zukunft schaffen 41**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12354

Die Beratung wird verschoben.

* * *

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
59. Sitzung (öffentlich)

23.11.2016
sd-beh

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500
Drucksache 16/13400 (Ergänzungsvorlage)

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – Erläuterungsband Vorlage 16/4233

Einführungsbericht des Ministers für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Vorsitzender Friedhelm Ortgies teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum in seiner Sitzung am 14. September 2016 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden. Die Einführungsrede zum Einzelplan 10 sei dem Ausschuss mit Vorlage 16/4330 übersandt worden. Er beabsichtige, über den Haushalt heute abschließend zu beraten. Änderungsanträge lägen von der CDU-Fraktion sowie von den Koalitionsfraktionen vor.

Hans Christian Markert (GRÜNE) legt dar, aus Sicht der Koalitionsfraktionen leiste der Haushalt auch neuen Anforderungen in großen Teilen Genüge. Er wolle insbesondere die Anstrengungen im Bereich des Gewässerschutzes, des Hochwasserschutzes hervorheben. Insbesondere das Hochwasserschutzkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen werde ausreichend, zumindest in sehr hohem Umfang, auch in Zahlen gewürdigt. Das sei auch nötig. Der Ausschuss habe oft darüber diskutiert. Insofern sei es gut, dass hier die entsprechenden Mittel eingestellt würden.

Gleiches gelte auch für die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Auch hier gebe es eine Steigerung im Haushalt, was sehr positiv sei. In den letzten Wochen habe man erlebt, dass Deutschland wegen der Reinhaltung, was die Nitratproblematik im Grundwasser betreffe, bei der Europäischen Union in den Fokus geraten sei. Es sei gut, dass die Landesregierung hier weiterhin bei der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie klar Stellung beziehe und ihre Politik entsprechend fortsetze.

Er erinnere an die Umsetzung des Masterplans Umweltwirtschaft. Auch hier gebe es eine Steigerung. Ressourceneffizientes Wirtschaften sei eine sinnvolle, eine arbeitsplatzsichernde oder -schaffende Maßnahme, die den Kindern und Kindeskindern in vielfältiger Art und Weise zugutekomme.

Gleichwohl hätten sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, Änderungsanträge zum Haushalt einzubringen. Haushaltsberatungen seien auch immer die Stunde des Parlamentes. Man habe sich auf einige Punkte konzentriert. Kollege Rütze werde gleich noch den einen oder anderen Punkt ergänzen, Frau Brems möglicherweise

auch. Er wolle für seine Fraktion allgemein hervorheben, dass insbesondere im Bereich von Umweltbildung und Verbraucherschutzarbeit gerne nachgesteuert werden solle. Nachdem man in den vergangenen zehn Jahren die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gehabt habe und oft über den Wert diskutiert worden sei, frühzeitig Natur-, Umwelt- und Verbraucherpolitik, Zukunftsthemen in den Bildungseinrichtungen, in der breiten Bildungslandschaft, die über Schule hinausgehe, zu verankern, sei er froh, dass die Umweltbildungseinrichtungen entsprechend ausgestattet würden. SPD und Grüne hätten einen Antrag zu Kap. 10 020 – Allgemeine Bewilligungen – Titelgruppe 77 – Umweltbildungseinrichtungen und Bildung für nachhaltige Entwicklung – eingereicht, um den Baransatz um eine Millionen Euro zu erhöhen, um hier das landesweite Netzwerk zu stärken.

Die Herausforderungen der Digitalisierung im Bereich des Verbraucherschutzes seien auch eine entsprechende Aufstockung wert, um Zuschüsse für Verbraucherschutzverbände, verbraucherpolitische Verbände gerade im Bereich der Digitalisierung stärker auszustatten und zu würdigen. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher seien dringend darauf angewiesen, sich an dieser Stelle noch einmal weiter unterstützen zu lassen, um an dem modernen Wirtschaftsgeschehen, das hier stattfindet, und an den Informationen, die aus dem Netz erfolgten, entsprechend teilnehmen zu können.

Zuletzt gebe es noch einen größeren Punkt – das werde der Opposition sicherlich aufgefallen sein –, die personelle Unterdeckung im Bereich des LANUV. Insbesondere sei mit Blick auf die Verbraucherschutzabteilung seit Gründung des LANUV immer darüber geklagt worden, dass man hier noch mehr an Personal einstellen müsse. Nun mache man Nägel mit Köpfen. Es gebe einen Antrag von Rot-Grün, in mehreren Schritten, beginnend mit dem kommenden Haushaltsjahr, die personelle Unterdeckung anzugehen. Er bitte um Zustimmung zu den Anträgen. Der Haushalt sei richtig gut. Wenn er dann auch noch die kleinen Veränderungen erfahren werde, dann könne man zufrieden in das nächste Haushaltsjahr gehen.

Rainer Deppe (CDU) erinnert daran, dass man sich in der Obleuterunde darauf verständigt habe, eine sehr kurze Debatte heute zu führen, weil der Minister und der Staatssekretär den Ausschuss gleich verlassen müssten. Es sei nicht angemessen, ohne die beiden zu tagen. Er nenne ein paar Stichworte. Der Haushalt sei in der Kontinuität der vergangenen Jahre, ständig werde ausgeweitet, ständig werde Personal aufgestockt. Wenn man schuldenfrei sei, eine schwarze Null schreiben würde, könnte man das gutheißen. Wenn man jedes Jahr den Schuldenstand weiter erhöhe, sei das mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Es sei zu fragen, ob man mehr erreiche als man verliere. Der Nachweis sei nicht geführt worden.

Insbesondere sei nicht zu erklären, warum ausgerechnet im Ministerium selber jedes Jahr zusätzliche Stellen eingerichtet werden müssten. Dass im Vollzug unter Umständen etwas getan werden müsse, sei nachvollziehbar, in Einzelfällen zumindest, wobei man viele Dinge auch hätte anders organisieren können. Er erinnere an das Thema, über das der Ausschuss mehrfach diskutiert habe, die tierärztlichen Hausapotheken. Deren Überwachung sei bestens geregelt gewesen. Man habe ohne Not versucht, das

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
59. Sitzung (öffentlich)

23.11.2016
sd-beh

zum LANUV zu ziehen. Oft genug sei darüber diskutiert worden, dass der Vollzug nicht klappe. Jetzt werde nachgesteuert, indem man weitere Stellen einrichte. Bei der öffentlichen Verwaltung, auch im Umweltbereich müsse man darauf achten, dass die Aufgaben wirtschaftlich erledigt würden. Das vermisse seine Fraktion hier.

Positiv anmerken wolle er, dass nach mehreren Jahren die Regierung den Anträgen der CDU-Fraktion zum Thema Hochwasserschutz jetzt gefolgt sei. In den letzten Jahren habe es immer geheißen, das sei alles unnötig. Das Thema sei offenbar kein Thema gewesen. Herr Markert habe eben dargestellt, wie wichtig der Hochwasserschutz sei. Er freue sich darüber, dass Rot-Grün nach sieben Jahren auch zu der Erkenntnis komme und das im Haushalt nachvollziehe. Diese Veränderungen im Haushalt werde seine Fraktion unterstützen. Sieben Jahre seien im Hochwasserschutz verlorene Jahre gewesen. Im letzten Jahr versuche man offenbar nachzubessern. Die Auswirkungen werde man später sehen. Er sei aber immer froh, wenn auch andere zu richtigen Erkenntnissen kämen.

Das Gleiche treffe auf das Thema Landesgartenschau zu. Auch da habe seine Fraktion immer wieder Erhöhungen beantragt. Das sei jetzt auf dem Weg und laufe.

Der dritte Bereich betreffe das Thema Kleingartenwesen. Auch da hätten die ständigen Anträge seiner Fraktion insofern Früchte gezeigt, dass Rot-Grün jetzt zumindest bereit sei, den Ansatz zu erhöhen. Das Kleingartenwesen jetzt an die Landesgartenschau zu koppeln und mit einer einmaligen Ausgabe zu fördern, halte seine Fraktion für nicht zielführend. Das sei eine einmalige Aktion. Das könne man im Wahlkampf verstehen. Die CDU-Fraktion wolle, dass sich die Kleingartenorganisationen jedes Jahr auf einen festen Betrag verlassen könnten. Deshalb werde die Erhöhung auf 500.000 € von der CDU-Fraktion beantragt.

Zum Kapitel Breitband würde ihn interessieren, was speziell im Etat des Umweltministeriums zum Thema Breitbandausbau getan werde, was die Landesregierung bisher nicht gemacht habe. Im Plenum sei oft genug darüber diskutiert worden. Dann werde immer von der Landesregierung dargestellt, was sie alles mache. Jetzt auf einmal spalte man die Mittel auf und gehe ins Umweltministerium. Er frage, was tatsächlich gemacht werde, ob man im ländlichen Raum damit rechnen könne, dass man jetzt deutlich schneller die Ziele erreiche, die die Landesregierung seit Langem vorgebe, die man bisher nicht erreicht habe.

Norbert Meesters (SPD) betont, der Haushalt 2017 setze im Einzelplan 10 genau die richtigen Weichenstellungen, die man brauche, und es werde passgenau das finanziert, was finanziert werden müsse.

Er bedanke sich bei der CDU-Fraktion nicht für die angeblich unermüdliche Antragstellung in Sachen Hochwasserschutz. Herr Deppe erzähle da eine Märchengeschichte. Nach den sieben fetten Jahren, die man im Bereich Hochwasserschutz gehabt habe, habe es fünf magere Jahre gegeben, die das Hochwasserschutzkonzept von Schwarz-Gelb und die Umsetzung gehabt habe. Jetzt habe man das neue Hochwasserschutz-

konzept. Die Pläne, die die CDU gehabt habe, seien kläglich gescheitert. Von 95 Millionen €, die jedes Jahr hätten eingebracht werden sollen, seien im Schnitt nur 25 bis 30 Millionen € aufgebracht worden. Es habe einen großen Rückstau gegeben. Privat vor Staat habe dafür gesorgt, dass in der Umweltverwaltung überall das Personal aufgebaut worden sei – nicht nur in der Umweltverwaltung, sondern auch in anderen Verwaltungen. Man sei überhaupt nicht mehr in der Lage gewesen, dem Planfeststellungsverfahren, den Umsetzungen von Hochwasserschutzmaßnahmen nachzukommen. Rot-Grün habe gesagt, da müsse gegengesteuert werden.

Er erinnere an die zehn Stellen, die bei der Bezirksregierung eingerichtet worden seien, damit die Planfeststellungsverfahren wieder weiterlaufen könnten. Das meine er mit den fetten Jahren. Rot-Grün habe das angepackt. In dem Moment, wo das anlaufe, wo die Umsetzung der Hochwasserschutzkonzepte schneller und besser gehe, da würden auch die Mittel erhöht. Das geschehe auch. Jetzt habe man die zweite Erhöhung in dem Bereich. Da sei man weitaus besser aufgestellt, als man das zumeist von Schwarz-Gelb jemals gewesen sei. Das müsse er in dem Zusammenhang einmal feststellen.

Er verweise auf eine Kleine Anfrage der Kollege Fasse und Wüst, die zu den Hochwasserschutzmaßnahmen der Landesregierung abgefragt hätten – vgl. Drucksache 16/12486 „Hochwasserschutz an der Issel und ihren Nebenflüssen in den Kreisen Wesel und Borken“. In der Antwort – vgl. Drucksache 16/12697 – Da sei von der Landesregierung angekündigt worden, dass die Mittel erhöht würden. In der Presse vor Ort habe es geheißen, man sei entsetzt, die Landesregierung wolle nicht erhöhen. Wenn das die Art sei, Politik zu machen, dann solle man das so tun. Das treffe aber den Sachverhalt und die Fakten überhaupt nicht.

Das, was im LANUV gemacht werde, habe genau mit dieser Geschichte zu tun. Schwarz-Gelb habe einen Abbau vollzogen. Jetzt wolle man, dass die Arbeiten vernünftig gemacht würden, denn die Bürgerinnen und Bürger draußen im Land erwarteten auch, dass die Kontrollfunktionen, die Bearbeitungen ordentlich und zeitnah liefen. Dafür brauche man auch fachgerechtes Personal. Von daher sei es richtig, jetzt mehr Personal einzustellen.

Was den Kleingartenantrag angehe, so sei der richtig und wichtig. Er sei genauso mit den Kleingärtnern besprochen worden. Man habe mit ihnen diskutiert. Genauso werde es jetzt mit dem Antrag gemacht. Passgenau biete man jetzt für die Kleingärtner in Nordrhein-Westfalen im Haushalt 2017 etwas an. Das sei genauso von denen gewünscht, wie zum Beispiel die Besucherberatung der Landesgartenschau in Bad Lippspringe.

Was die Umweltbildung angehe, so sei das ein Punkt, der im Lande immer wieder angesprochen werde. Wenn man Umweltschutz betreibe, wenn man nachhaltige Politik betreibe, dann gehe das nicht, ohne dass man nicht auch im Bereich der Umweltbildung aktiv werde, die Menschen informiere und befähige, sich mit den Dingen auseinanderzusetzen. Deswegen müsse man da entsprechende Mittel einsetzen, damit das auch so funktioniere. All die Dinge, die haushalterisch im Bereich Umweltschutz eingesetzt würden, müssten auch eine nachhaltige Wirkung innerhalb der Gesellschaft

haben. Das sei ein guter und wichtiger Antrag. Er bitte, den Änderungsanträgen und dem Haushalt allgemein zuzustimmen, weil er die richtigen Weichen für die richtige Sache stelle.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) macht darauf aufmerksam, dass seine Fraktion in den letzten Jahren den Haushaltsanträgen in diesem Bereich meist zugestimmt habe, weil sie tatsächlich Verbesserungen gebracht hätten. Das sehe er auch in diesem Jahr so wieder.

Zur Personaldiskussion im LANUV hätte er eine kritische Nachfrage gehabt. Der als Tischvorlage vorliegende Antrag habe die Frage von vornherein beantwortet. Alle Anträge, die als Tischvorlage vorlägen, auch die von der CDU halte seine Fraktion für zustimmungsfähig.

Karlheinz Busen (FDP) stellt klar, seine Fraktion werde den Haushalt ablehnen. Leider bleibe alles beim Alten. Die Einnahmen sanken, die Ausgaben stiegen, es helfe niemandem. Die Vorträge von Herrn Meesters seien bekannt. Wenn er mit Privat vor Staat anfangen, dann sollte er sich Beispiele aus anderen Ländern nehmen, in denen Planungsaufträge an Ingenieurbüros vergeben würden. Da würden auch Bundesmittel abgerufen, weil Planungsvorgaben fertig vorlägen. Das sei in Nordrhein-Westfalen nicht der Fall.

Der Minister habe bei den Familienbetrieben viel an Vertrauen verloren. Auch dass er Bio gegen Konventionell ausspielen, das komme nicht gut an. Er wolle einmal den Kollegen Habeck, den Bundesvorsitzenden der Grünen, zitieren, was das Thema Massentierhaltung angehe. Er sei gefragt worden, ob er genau wisse, was Massentierhaltung sei: Wenn er das wüsste, dann wäre er der einzige. Es gehe nämlich nicht um die Zahl der gehaltenen Tiere. Er sage: „Du kannst auch 10 Kühe scheiße halten“. Das sei ein Zeichen, dass Massentierhaltung insgesamt mit Haltung verwechselt werde.

Man könne 10 Kühe schlecht halten, man könne auch 1.000 Kühe gut halten. Die Ideologie, die in den letzten Jahren hier geherrscht habe, werde sich auch in den letzten paar Monaten der Legislaturperiode nicht mehr ändern. Seine Fraktion werde die Anträge und den Haushalt ablehnen.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) schickt voraus, zwischen Herrn Habeck und ihm passe da kein Blatt Papier. Auch von ihm werde man den Begriff Massentierhaltung in der Interpretation nicht hören. Es sei müßig, die definitorische Frage zu diskutieren. Es gehe um das Wie der Haltung, das sei keine Frage. Das sollte Herr Busen zur Kenntnis nehmen und vielleicht den Ideologievorwurf relativieren.

Er wolle nun zu den verschiedenen Fragen Stellung nehmen. Was den Hochwasserschutz angehe, so wäre es schön, wenn das, was in Sachen Hochwasserschutz getan werde, positiv zur Kenntnis genommen würde. Es reiche nicht, mehr Geld bereitzustellen. Wenn das Geld aber nicht abgerufen werden könne, weil Genehmigungen nicht vorlägen und Genehmigungsanträge nicht gestellt würden, dann sei das genau das

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
59. Sitzung (öffentlich)

23.11.2016
sd-beh

Defizit der vergangenen Jahre gewesen. Es seien zu wenig Menschen unterwegs gewesen. Das könne man auch nicht fremdvergeben. Genehmigungsverfahren müssten von Mitarbeitern der Landesverwaltung durchgeführt werden. Planunterlagen zu erarbeiten, könne selbstverständlich von Ingenieurbüros gemacht werden. Die Genehmigung selbst müsse von Fachleuten ausgesprochen werden. Die seien nicht vorhanden gewesen. Da habe man nachgesteuert, sodass in den Jahren bis 2025 die Mittel hoffentlich abfließen. Es gebe immer noch Unwägbarkeiten, beispielsweise die Frage nach Beseitigung der Kampfmittel, eine wirklich abendfüllende Thematik. Da seien wenige Menschen über eineinhalb Jahre auf 60 ha unterwegs. Es komme dazu, dass ein Deich abgetragen und wieder aufgetragen werde, um das Winterhochwasser zu sichern. Das seien etwas abenteuerliche Gegebenheiten. Auch das liege daran, dass die Kapazitäten im Kampfmittelräumdienst sehr begrenzt seien. Er hoffe, dass man es trotzdem umsetzen könne. Solche Dinge verhinderten, dass Gelder, die bereitgestellt würden, auch abfließen.

Wenn Stellen im Ministerium geschaffen würden, dann hätten sie mit der Bewirtschaftung von zusätzlichen Mitteln zu tun. Diesen Zusammenhang müsse man immer wieder herausstellen. Wenn das Land mehr Mittel vom Bund zum Thema Breitband bekomme, dann nütze es nichts, das einfach in den Haushalt zu stellen. Es müsse bei der Bezirksregierung Menschen geben, die Anträge bearbeiteten. Das Ganze müsse konzeptionell gesteuert werden, und das passiere im Ministerium. Das Gleiche gelte, wenn man einen Zuwachs von ELER-Mitteln bekomme, und man könne statt zwölf 28 LEADER-Regionen bewilligen. Dann bedürfe das auch der personellen, konzeptionellen Begleitung. Es nütze nichts, nur das Geld entgegenzunehmen. Man müsse es auch ausgeben. Das sei Grund dafür, dass an der einen oder anderen Stelle im Ministerium eine zusätzliche Betreuung stattfinde, teilweise auch so konzipiert, dass dann entsprechende kw-Vermerke nach Beendigung der Modelle oder Programmphase vorgesehen seien.

Zum LANUV: Er fände es sehr sinnvoll, wenn das Gutachten, das erstellt worden sei, als gesonderter Tagesordnungspunkt einmal zu einer anderen Zeit im Ausschuss diskutiert werden könne. Eine wesentliche Erkenntnis sei die, dass seinerzeit beim Entstehen des LANUV – Teile aus den Bezirksregierungen seien zum LANUV geführt worden in der Zeit 2005 bis 2010 – die entsprechende Ausstattung nicht mit vorgesehen worden sei. Stellen, die da gewesen seien, seien nicht entsprechend verlagert worden. Das sei der Geburtsfehler, so sagten die Gutachter, den man teilweise aufgefangen habe, aber nicht vollständig. Sofort nach Vorliegen des Gutachtens werde das Parlament informiert. Er wäre dankbar, wenn dem an der Stelle abgeholfen werden könnte.

Zur Frage der Breitbandmittel: Am Ende der letzten Periode, 2010, habe es Agrarmittel, ländlicher Raum von gut 1 Millionen € für die Förderung von Breitband gegeben. Das Land habe die Mittel sukzessive angehoben aus dem ELER-Topf, zeitweise seien es 11 Millionen € gewesen, im vorletzten Jahr seien es 7 Millionen € gewesen. Das werde aus der Förderung ländlicher Raum für Breitband finanziert. Das sei auch keine Umschichtung von Herrn Duin, sondern das sei das Geld, was der Bund im Rahmen der digitalen Dividende an die Länder überweise. Hier gebe es einen Schlüssel der

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
59. Sitzung (öffentlich)

23.11.2016
sd-beh

Aufteilung zwischen dem Wirtschaftsministerium, eher für Gewerbegebiete, und dem Umweltministerium für das, was man auch bisher schon finanziert habe, nämlich den sogenannten ländlichen Raum, eher die dörfliche Infrastruktur, die damit gefördert werde. Der große Vorteil sei, dass man Erfahrung habe mit der Personalausstattung bei der Bezirksregierung in den Ämtern für Agrarordnung zur Bewilligung dieser Vorhaben. Alle Anträge würden bewilligt, wenn die Voraussetzungen vorlägen. Man habe hier die große Chance, die Mittel der digitalen Dividende zu kombinieren mit ELER-Mitteln und GAK-Mitteln und somit eine Hebelwirkung zu entfalten. Die habe der Kollege im Wirtschaftsministerium so nicht. Das liege an den Mitteln, die man über GAK und ELER im Hause habe. Von der Finanzierungskonstruktion her sei das ein großer Vorteil. Man würde gerne alles tun, damit die Mittel auch ausgegeben würden.

Nach Meinung von **Norwich Rüße (GRÜNE)** zeigt dieser Haushalt noch einmal mehr, dass die Landesregierung ein verlässlicher Partner in den Bereichen Umwelt und Naturschutz sei. Das könne man an vielen Punkten fest machen. Herr Deppe verlange auf der einen Seite Mehrausgaben, auf der anderen Seite höre er im Plenarsaal die Haushälter, die sagten, weniger, weniger, weniger. Vielleicht könne man sich darauf verständigen, dass hier immer mit dem notwendigen Maß Mehrausgaben gemacht würden, aber gleichzeitig in der mittelfristigen Finanzplanung sehr wohl darauf geachtet werde, dass das Land insgesamt einen ordentlichen Kurs fahre und die Ziele am Ende erreicht würden.

Beim Kleingartenwesen habe man ein vernünftiges Maß bei den Mitteln erreicht. Da sollte die CDU die eigene Regierungszeit kritisch beleuchten. Damals, als Schwarz-Gelb die Regierung gestellt habe, sei es ja mitnichten so gewesen, dass man die Kleingärtner so hervorragend gestellt hätte. Aus Gründen der Haushaltsnotwendigkeit sei gekürzt worden. Da sollte man auch nicht so tun, als hätte man da anders oder besser agiert. Jetzt komme die Erhöhung um 147.000 €, auch wenn da ein etwas anders Spektrum bedient werde. Der Punkt Urban Gardening thematisiere auch noch einmal das Gärtnern in der Stadt. Wenn man das zusammennehme, könne man klar erkennen, dass der Gesamtbereich Gärtnern in der Stadt sehr gut gefördert werde. Man sei jetzt, insgesamt betrachtet, auf einer Höhe, auf der man vorher noch nie gewesen sei.

Ein weiterer Aspekt, die Verlässlichkeit gegenüber dem Landgestüt: Dort komme es jetzt zum Ersatzbau. Die Landwirtschaftskammer erhalte die 150.000 € zur Durchführung und Umsetzung des Milchmarktprogramms. Er sei mit diesem Haushalt rundum zufrieden. Es sei ein guter Haushalt. Rot-Grün sei ein verlässlicher Partner der Menschen draußen im Land.

Rainer Deppe (CDU) meint, wenn der Ausschuss bei Gelegenheit über die Verhältnisse im LANUV diskutieren wolle, wäre es gut, wenn man den kompletten Bericht bekäme. Bisher habe man nur eine Zusammenfassung von dem PwC-Gutachten bekommen.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) betont, er habe angeregt, dass das verschickt werde. Wenn das nicht passiert sei, werde das nachgeholt.

Rainer Deppe (CDU) kommt auf das Thema Breitband zurück. Er habe das aus der kommunalen Praxis so verstanden, die Kommunen stellten den Antrag nach bestimmten Gebieten bei dem entsprechenden Bundesministerium. Dann komme die Zusage – so habe das Herr Duin auch immer im Plenum mitgeteilt –, und zwar von 50 % der Kosten, die nicht marktgetrieben gedeckt werden könnten. Dann gebe das Land je nach Zustand der Kommunal Finanzen 40 % bis 50 % obendrauf. Er frage, ob es noch andere Förderwege gebe. Es wäre für die Kommunen sehr wichtig, wenn sie das wüssten. Er führe vor Ort intensiv die Diskussionen. Das Umweltministerium habe bisher als Fördergeber keine Rolle gespielt. Da sollte man nachsteuern, wenn es möglich sei.

Die Gelder seien zumindest ausgegeben worden, insofern müsse das Ministerium eine Rolle gespielt haben, erwidert **Minister Johannes Remmel (MKULNV)**. Fördernehmer hätten Gelder bekommen.

(Rainer Deppe [CDU]: Gibt es eine separate Stelle, wo das beantragt werden muss?)

– Bei der digitalen Dividende gebe es zwei Fördertatbestände. Das eine sei die eigene Förderung des Bundes. Ein Teil der Gelder werde an die Länder zur eigenen Bewirtschaftung überwiesen. Davon sei ein Teil im Umweltministerium zu bewirtschaften.

Regierungsbeschäftigte Dr. Dagmar Grob (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz) führt aus, die Erlöse aus der digitalen Dividende seien hälftig aufgeteilt worden. Die Hälfte habe der Bund erhalten. Damit finanziere er sein Bundesförderprogramm. Das habe er durch weitere Mittel aufgestockt, sodass das Bundesförderprogramm insgesamt ein Volumen von 4 Milliarden € einnehme. Die andere Hälfte werde zwischen den Ländern verteilt. Die Kofinanzierung des Bundesprogramms durch das Land – die Fördersätze seien dargestellt worden – erfolge durch zusätzliche Mittel durch das Wirtschaftsministerium des Landes.

Der Landesanteil der digitalen Dividende betrage 133 Millionen € für eigene Schwerpunkte des Landes Nordrhein-Westfalen. Da gebe es eine neue Förderung die NGA-Förderung im ländlichen Raum, die über ELER-Mittel kofinanziert werde. Der erste Stichtag sei der 1. Dezember. Zum anderen fördere das Wirtschaftsministerium den Ausbau von Gewerbemitteln, auch unter anderem mit Mitteln aus der digitalen Dividende. Das Wirtschaftsministerium fördere noch aus einem Anteil die Breitbandkoordinatoren und Breitbandkonzepte. Was noch weiter laufe, sei die bisherige GAK-Förderung für den ländlichen Raum, auch im Umweltministerium. Die Beantragung aller dieser Förderungen für Nordrhein-Westfalen laufe über die jeweils zuständige Bezirksregierung.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
59. Sitzung (öffentlich)

23.11.2016
sd-beh

Der Ausschuss beschließt über die Änderungsanträge, die von SPD und Grünen sowie der CDU-Fraktion vorgelegt wurden. Die Änderungsanträge sowie die Abstimmungen darüber sind in der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/13510 wiedergegeben.

Der **Ausschuss stimmt** sodann dem **Einzelplan 10** in der geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **zu**.

